Nr. 254 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 15. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Lieferung oder Ausfall 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachweisanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die oberschlesische Frage

Von unserm P-Mitarbeiter

Paris, 14. Oktober

Der „Temps" beschäftigt sich in seinem gestrigen Leitartikel mit der oberschlesischen Frage. Zu dem Artikel wird in breiter Form folgendes ausgeführt: „Die deutsche Bewegung in Oberschlesien hat in letzter Zeit einen Ton angeschlagen, der befürchten läßt, daß man einen Gewaltstreich beabsichtigt, um, wenn nötig, die Bestimmungen des Artikels 88 des Versailler Friedensvertrags zu fälschen. Schriftstücke, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden, beweisen, daß man einem richtigen militärischen Complott gegenübersteht, dem die Berliner Regierung nicht fernsteht, denn das Generalkommando des 6. Armeekorps in Breslau hat geglaubt, vertrauliche Anweisungen geben zu können, damit preußische Offiziere, die unter verschiedenen Vorwänden beurlaubt wurden, in die Abstimmungskommissionen von Beuthen und Kattowitz gebracht werden können, um daselbst Spionage auszuüben. Man sieht, das Vorgehen Deutschlands mit demokratischem Aeußern unterscheidet sich in nichts von dem Vorgehen des alten kaiserlichen Deutschland. Die Verschleierung militärischer Organisationen unter dem Deckmantel bürgerlicher Verhältnisse genügt, um uns über die Absichten der Deutschen zu unterrichten. Diese Vorbereitungen zu den schlimmsten Gewaltakten gehen zu gleicher Zeit vor sich, wie die sehr intensive politische und diplomatische Tätigkeit, von der man sagen kann, daß sie zum wenigsten einen bösen Willen offenbart. Während des Vormarsches der Bolschewisten auf Warschau, vor der Niederlage Polens voraussehen ließ, konnten die Deutschen kaum die Stunde erwarten, die ihren Plänen günstig sein können. Die Unruhen, die gegenwärtig in Oberschlesien erregt werden und die zu den schweren Zwischenfällen in Kattowitz geführt haben, sind gegen die interalliierte Kommission gerichtet. Berlin klagt den Vorsitzenden, General Le Rond fälschlich an, die Interessen der Polen zu begünstigen. In ihrer Verblendung wünschen die Deutschen Frankreich und Polen in Zwiespalt zu bringen, Haß und versuchen, ebenso wie an andern Orten, mit der Meinungsverschiedenheit zu spekulieren, die sie zwischen der französischen und englischen Regierung vorhanden glauben, um sich einer Kontrolle zu entziehen, die ihren Wühlereien unbequem wurde. Als im Monat September drei englische Offiziere der interalliierten Kommission zurücktraten, glaubte Berlin endlich eine Gelegenheit gefunden zu haben, indem sie dieser Stelle die Bedeutung unterschoben, als wäre die von Polen gegenüber befolgte Politik feindlich. Aber Deutschland hat sich getäuscht."

Der Artikel befaßt sich des weiteren mit der Bedeutung Oberschlesiens für Deutschland und für die deutsche Industrie. Es wird bestritten, daß der eventuelle Verlust Oberschlesiens für die ganze deutsche Wirtschaft verhängnisvoll sein müsse und es wird ausgeführt, daß Deutschland trotz des Gebietsverlustes augenblicklich 78 Prozent seiner Vorkriegskohlenförderung produziere, abgesehen davon, daß es über Mittel verfüge um die Ausbeutung beträchtlich zu erhöhen. Der Artikelschreiber kommt zu dem Schluß, daß der eventuelle Verlust Oberschlesiens in keiner Weise vitale Interessen Deutschlands berühre, dagegen verfolge die deutsche Presse augenscheinlich eine böswillige Kampagne, und die Politik, die die Berliner Regierung befolge, sei eine Politik des Hasses und der Einschüchterung.

Der Artikel schließt: „Das Mittel, um eine Agitation, die gefährlich werden kann, in der Wurzel zu bekämpfen, ist, die Organisation der Volksabstimmung zu beschleunigen und sie mit allen Garantien der Aufrichtigkeit zu umgeben, so daß ihrer Ausdruck des Volkswillens die nötige moralische Autorität besitzt, damit keine Intrige, keine bürgerliche oder militärische Methode irgendwie geltend gemacht werden kann, um denjenigen, die die Verantwortung dafür übernehmen, die gesetzlichen Sanktionen zu entziehen, die jede Vergewaltigung des Rechts nach sich ziehen muß."

•

Wieviel Oberflächlichkeit, Unrichtigkeit und böswillige Verdrehung dieser Artikel des „Temps" enthält, ist jedem klar, der die Entwicklung der Verhältnisse in Oberschlesien in den letzten Monaten verfolgt hat. Wir wissen zu genau, woher die Informationen des „Temps" kommen. Sie kommen von derselben Seite, die jetzt eine Aenderung des Friedensvertrags beiseitigt, um die geborenen, sogenannten „Heimatdeutschen" Oberschlesier von der Abstimmung auszuschließen. Unser Mitarbeiter drahtet uns darüber noch:

☞ Paris, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Einem Vertreter des „Temps" gegenüber äußerte sich Korfanty, daß ihm die Volksabstimmung in Oberschlesien unter den gegenwärtigen Umständen vorkomme, wie eine Partie mit einem Gegner, der mogelte. Die zweideutige Fassung des Friedensvertrags in dieser Frage führte zu Schiebungen von deutscher Seite. Eine Interpretation sei daher nötig. Die Zahl der aus Oberschlesien Ausgewanderten schätzt er auf 400 000. Um Schiebungen von deutscher Seite zu verhindern, dürfte kein in Deutschland hergestelltes Papier verwendet werden. Notwendig sei auch eine Verstärkung des Besatzungsheeres. Zum Schluß erklärte er noch, daß Polen nicht imstande sei, die deutschen Kapitalien in Oberschlesien abzulösen, daß hier aber ein günstiges Objekt für die Anlage französischer Kapitalien vorhanden sei.

Da haben wir es also: Korfanty ist der Gewährsmann des „Temps", der ihm die Märchen über die „deutschen Gewaltstreiche" aufbindet. Dann brauchen wir eigentlich kein Wort der Rechtfertigung mehr gegenüber den Unterstellungen dieses Blattes. Die Quelle ist unrein, dann kann das Bächlein nicht sauber fließen.

•

Eine seltsame Verfügung des Papstes

† Oppeln, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Gründe, die zu dem Verbot der Einreise des Kardinalfürstbischofs Dr. Bertram aus Breslau nach Oberschlesien zwecks Vornahme kirchlicher Handlungen führten, wird von einem Mitglied der interalliierten Kommission mitgeteilt: Oberschlesien gelte nach der Meinung der interalliierten Kommission und des Obersten Rates in Paris gegenwärtig als ein neutrales Land. Beweis dafür ist beispielsweise auch der Paßzwang. Dem Kardinalfürstbischof steht die Einreise nach Oberschlesien als Privatperson durchaus frei, dagegen hat der Papst ohne Hinzuziehung des Obersten Rates und der interalliierten Kommission bestimmt, daß während der Abstimmungsdauer Oberschlesien als neutraler Staat zu gelten hat und die kirchlichen Befugnisse den Händen des Fürstbischofs in Breslau entzogen und dem Erzbischof Ratti in Warschau unterstellt. Die interalliierte Kommission bestimmt daher, daß alle Klagen, die von oberschlesischer katholischer Seite ihr entgegengebracht werden, als nicht an die richtige Adresse gerichtet sind, sondern ist der Ansicht, daß alle diese Beschwerden nach Rom gesandt werden müßten, da allein der Papst zuständig sei.

Kärnten bleibt deutsch

id. Wien, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Kärnten bleibt frei und ungeteilt. Für Oesterreich wurden rund 21 000, für Jugoslawien rund 14 000 Stimmen abgegeben.

× Klagenfurt, 14. Oktober. Nach dem endgültigen Ergebnis haben 59,14 Proz. der Abstimmungsberechtigten für Oesterreich gestimmt.

Der Kampf um Genf

Im Gegensatz zu den gestrigen Meldungen von einem belgisch-englischen Festhalten an der Genfer Konferenz wird uns heute gedrahtet:

× Brüssel, 14. Oktober. „Libre Belgique" veröffentlicht eine Information aus London, wonach der gegenwärtig in London weilende belgische Ministerpräsident Delacroix erklärt habe, er glaube, bei der englischen Regierung hinsichtlich der Wiedergutmachung der Kriegsschäden einen vollständigen Erfolg erzielt zu haben. Die Genfer Konferenz werde nicht stattfinden. Der interalliierte Wiedergutmachungsausschuß werde die Deutschen zu Erklärungen und Vorschlägen hören, und anstatt souverän zu entscheiden, werde er an die verschiedenen beteiligten Regierungen Bericht erstatten, welche dann eine Konferenz anberaumen würden, der sich Frankreich und England anschließen würden; diese werde demnächst in Brüssel stattfinden.

Dazu bemerkt der „Vorwärts", es handle sich, wenn sich diese Meldung bestätigt, um einen Vertrauensbruch schlimmster Sorte. Denn Deutschland habe in San vom Obersten Rat die mündliche Zusicherung erhalten, daß die Frage der Wiedergutmachung auf einer Konferenz in Genf erörtert werden würde. Deutschland werde sich dann aber auf den Buchstaben des Friedensvertrages berufen können, der die Festsetzung der Entschädigungssumme durch die Wiedergutmachungskommission erst am 1. Mai 1921 vorsehe.

Wie wenig geklärt die Frage der Konferenz zu Genf noch zu sein scheint, zeigt ferner folgende Nachricht, die uns über Genf selbst zugeht:

☞ Genf, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet, daß die französische Zustimmung zur Genfer Konferenz nur erfolgt sei unter Vorbehalt der Souveränität der Wiedergutmachungskommission.

Hoffen wir, daß die nächsten Tage eine Aufklärung der strittigen Frage bringen, die auch mit den deutschen Interessen rechnet und nicht wieder ein plumpes Diktat bedeutet, das den Weltfrieden und den Wiederaufbau der Weltbeziehungen weiter und weiter hinausschiebt!

•

Die deutschen Kabel

Die alliierte Konferenz für Verkehrsfragen in Washington berät augenblicklich über die Ansprüche Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten bezüglich des künftigen Schicksals der deutschen Kabel. Dazu erfahren wir von maßgebender niederländischer Seite, daß die niederländische Regierung den alliierten und assoziierten Mächten eine neue Konferenz über die früheren deutschen Kabel im Stillen Ozean vorgeschlagen hat. Sie führt an, daß Deutschland diese Kabel den alliierten und assoziierten Mächten nicht vollständig abtreten könnte, da sie der Deutsch-Niederländischen Telegraphengesellschaft gehörten, und sowohl die niederländische Regierung als auch niederländische Privatleute daran Anteil hätten.

•

Aus den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs

☞ Paris, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit in den seinerzeit belegt gewesenen Gebieten Nordfrankreichs werden jetzt Ziffern bekanntgegeben, die eine fortschreitende Besserung erkennen lassen. Danach haben am 1. September 1920 von 4100 Betrieben mit mindestens 20 beschäftigten Personen 3210 Betriebe, also 78,5 Prozent, ihre Tätigkeit ganz oder teilweise wiederaufgenommen. In dem Departement Ardennes stieg dieser Prozentsatz auf 83,4, dann folgt das Departement Meurthe-et-Moselle mit 82,6 und das Departement du Nord mit 81,7 Prozent. In dem zu diesem Departement gehörigen Arrondissement Lille sind sogar 87,3 Prozent der Betriebe wieder in Tätigkeit. Die Zahl der in diesen 4100 Betrieben beschäftigten Personen betrug im Jahre 1914 768 768, während sie sich am 1. September 1920 auf 366 960 belief, also auf 48,8 Prozent des Vorkriegsstandes.

× Paris, 14. Oktober. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Lille über die Wiederinstandsetzung der Bergwerke werden in den Gruben bis jetzt wieder 2700 Arbeiter beschäftigt, die 10 000 Tonnen im Monat fördern. Das ist ein Zehntel dessen, was man vor dem Krieg gefördert hat.

England in Asien

⊙ London, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In der Gesellschaft für Zentralasien hob Lord Curzon in einer Rede u. a. hervor, daß in den letzten 25 Jahren Zentralasien aufgehört habe, das Land der Geheimnisse zu sein, und wichtige politische Probleme aufgeworfen habe. Die ganzen asiatischen Länderteile in Erregung und verlangten brennend eine neue Regierungsform. Die Lösung aller dieser Probleme hänge von einer ruhigen Lage in Indien ab. Tatsache sei es, daß eine weitere Ausbreitung des britischen Imperiums in Zentralasien zu Ende sei. Englands Aufgabe sei es, in der Zukunft nicht weitere Länder sich einzuverleiben, sondern für eine unbehinderte ruhige Entwicklung zu glücklicheren Verhältnissen zu sorgen.

Die antibolschewistische Bewegung

☞ Paris, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Der Korrespondent des Stockholmer „Aftonbladet" in Helsingfors bestätigt die letzten Nachrichten über die antibolschewistische Bewegung in Moskau. Aus Riga erfährt derselbe Korrespondent, daß zahlreiche Arbeiter der Fabriken von Moskau Versammlungen und Kundgebungen gegen die Sowjetregierung veranstaltet haben. Die Sowjetregierung sei in großer Unruhe. Sie habe die Militärpatrouillen in Moskau verstärkt. Weiter wird gemeldet, daß starke Kräfte in der Umgegend der Stadt zusammengezogen werden. Verschiedentlich haben in den Straßen heftige Kämpfe stattgefunden, in deren Verlauf die Soldaten gezwungen waren, Barrikaden zu stürmen.

⊙ Genf, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Eiffelstation hat seit Mittwoch keine Funksprüche aus Petersburg aufgenommen, während der Verkehr mit Moskau normal ist. Der „Matin" meldet: An der russischen Front hinter Pinsk müssen Kämpfe im russischen Heer stattgefunden haben. Man hörte in Pinsk deutlich Artillerie- und Maschinengewehrfeuer hinter der Demarkationslinie.

•

Eine Beschwerde der Kontrollkommission

zg. Berlin, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Eine Sowjet-Kommission unter Führung des früheren Vorsitzenden des geheimen revolutionären Tribunals in Moskau, Eduard, bereist die russischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland. Die Anwesenheit der Sowjet-Kommission und ihr direkter Verkehr mit den Angehörigen der Roten Armee in Deutschland hat zu einer Beschwerde der Ententekommission in Berlin bei dem alliierten Rat geführt.

•

Streikende Russen

Zu der von der „Roten Fahne" gebrachten Nachricht über die Besetzung des Lagers Sielow bei Kottbus durch Reichswehrtruppen wird dem Wolff-Bureau mitgeteilt, daß die Besetzung durch eine kleine Meuterei veranlaßt wurde. In der vorigen Woche waren einige der gefangenen Russen über den Zapfenstreich geblieben und sollten dafür mit 5 Tagen Arrest bestraft werden. Die Lagerinsassen traten aber in einen Sympathiestreik und verhinderten die Abführung der Verurteilten. Etwa 1500 Insassen streiken noch. Das Lager ist zur Zeit noch von einem Zug Reichswehr besetzt.

•

Italienische Kundgebungen für Rußland

i. Lugano, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die italienische sozialistische Partei hat für heute eine allgemeine Kundgebung in allen Städten Italiens angesagt zu dem Zweck, die Befreiung aller politischen Gefangenen und die Anerkennung der russischen Sowjet-Republik zu erwirken. In allen Städten werden zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags Versammlungen stattfinden. Der „Avanti" veröffentlicht einen Aufruf, in dem das Zentralkomitee der Partei auch die Eisenbahner auffordert, zwischen 2 und 3 Uhr die Arbeit niederzulegen.

•

Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie

⊡ Prag, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Kongreß der tschechischen Linkssozialisten ist zu Ende, und die tatsächlich eingetretene Spaltung der tschechischen sozialdemokratischen Partei hat eine starke kommunistische Opposition erzeugt, die sich gegenüber jeder Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag, negativ verhalten wird. Die Prinzipien der dritten Internationale haben auf dem Kommunistenkongreß zwar nicht gesiegt, Putschpolitik wird nicht betrieben werden, aber die linksradikale Arbeiterschaft wird die obwaltende Gesellschaftsordnung nicht durch Erhöhung der Produktion weiterhin noch unterstützen. Eine Botschaft Lenins an den Kommunistenkongreß hat die letzte Möglichkeit der Erhaltung einer einheitlichen tschechoslowakischen Sozialdemokratie zerstört.

Baldiger Rücktritt Giolittis?

× Mailand, 14. Oktober. „Corriere della Sera" teilt mit, die parlamentarisch-nationalistische Gruppe habe beschlossen, nicht mehr der Mehrheit der Kammer anzugehören, die das Kabinett Giolitti unterstützt. Die Zeitung bemerkt, es sei nicht ausgeschlossen, daß außer den Nationalisten auch die Rechtsliberalen, die eine ziemlich starke Fraktion bilden, Giolitti die Gefolgschaft verweigern. Auch „Secolo" spricht von der Möglichkeit eines baldigen Rücktritts Giolittis. Er werde voraussichtlich durch den gegenwärtigen Kammerpräsidenten de Nicola ersetzt, einen gewandten Parlamentarier, den Giolitti selbst an der Spitze des Parlaments zu sehen wünschte.

Wiener Enthüllungen

Von unserm id.-Mitarbeiter

Wien, 13. Oktober

Die Wahlkampagne zur neuen Nationalversammlung hat bekanntlich Enthüllungen über sehr eigentümliche und beklagenswerte Verbindungen und Machenschaften der christlichsozialen Partei mit der Wiener ungarischen Gesandtschaft und mit dem Budapester auswärtigen Amte zutage gefördert. Die Echtheit zahlreicher, von der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichter, auf jene Zusammenhänge bezüglicher Schriftstücke wurde gar nicht bestritten, andre wieder als Fälschungen erklärt, nunmehr bestätigt die „Reichspost" mit einer sehr wirksamen Retourkutsche. Sie veröffentlicht den Bericht eines Vertrauensmannes der Regierung Kun, der gleich zu Beginn der Budapester Regierung im März 1919 nach Wien gesandt wurde, um mit den maßgebenden sozialdemokratischen Mitgliedern der Wiener Regierung Fühlung zu nehmen. Oesterreichischer Staatskanzler war damals Dr. Renner, Staatssekretär des Aeußern war Dr. Otto Bauer und Staatssekretär für Heerwesen war Dr. Deutsch, der auch jetzt noch diese Stelle bekleidet.

Der Vertrauensmann der Räteregierung berichtet nun nach Budapest an seine Auftraggeber über Unterredungen, die er mit Renner, Bauer und Deutsch hatte. Aus diesem Berichte, den die Kunleute bei ihrer Flucht aus Ungarn mitzunehmen oder zu vernichten vergessen haben, und der jetzt dem Budapester Vertreter der „Reichspost" zur Verfügung gestellt wurde, geht hervor, daß sowohl Renner wie Deutsch sich durchaus nicht als grundsätzliche Gegner des Bolschewismus gaben, sondern im Gegenteil der eine (Renner) meinte, die Errichtung einer Rätediktatur in Oesterreich werde „nicht zu umgehen" sein, während der andre (Deutsch) der Ansicht Ausdruck gab, daß „die Ausbreitung des Rätesystems unausbleiblich" sei. Nur Bauer erklärte, er glaube nicht, daß die Räteherrschaft in Deutschösterreich unausbleiblich wäre, und der Berichterstatter fügte dieser Meldung hinzu, daß nach einer ihm zugekommenen Privatinformation Bauer „auch aus prinzipiellen Gründen" Gegner einer Räterepublik sein würde. Es sei gleich hier bemerkt, daß diese Information vollständig übereinstimmt mit dem, was hier aus den Reden und Schriften Bauers, insbesondere aus seiner trefflichen Monographie „Bolschewismus oder Sozialdemokratie" bekannt ist. Otto Bauer ist ein klarer und scharfer Denker, und wohl zumeist seinem Einfluß und seiner Autorität in der Partei ist es zuzuschreiben, wenn es gelungen ist, die Wiener Sozialdemokraten von der Nachahmung der verhängnisvollen Beispiele in Budapest und München abzuhalten.

Sehr erstaunt muß man dagegen über die Aeußerungen Renners und Deutschs sein, die den Bolschewismus nicht nur nicht grundsätzlich ablehnten, sondern sogar für Oesterreich als „nicht zu umgehen" oder als „unausbleiblich" erklärten. In diesem Urteil zeigt sich eine verblüffende, unstaatsmännische Kurzsichtigkeit und ein Spiel mit dem Feuer, das an so verantwortungsvollen Stellen ganz unstatthaft ist. Beide Politiker sind zu ernsthafte Menschen, um annehmen zu können, sie hätten dem Besucher nur zu Gefallen so geredet, wie der Bericht erzählt, man muß vielmehr glauben, daß sie ihrer inneren Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben. Glücklicherweise sind sie durch die Tatsachen desavouiert worden. In Oesterreich war der Bolschewismus „zu umgehen" und seine Ausbreitung war keinesfalls „unausbleiblich", das Rätesystem ist im Gegenteil in vollem Niedergange und sein völliger Zusammenbruch kaum mehr aufzuhalten. Daß der Staatssekretär für Heerwesen die Lieferung von Kriegsmaterial an Ungarn, die öffentlich verboten war, unter der Hand zu dulden versprach, ist der Beweis eines nicht genug zu verurteilenden Doppelspiels, das einer ernsten Regierung nicht nur unwürdig, sondern auch den ohnehin schwankenden Rechtssinn der Bevölkerung noch mehr untergraben muß.

Es ist zweifellos, daß die heutige Enthüllung der „Reichspost" — ihre Echtheit vorausgesetzt — der sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen erheblichen Schaden zufügen wird.

Eine Rede Tittonis

I. Mailand, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der offizielle Vertreter Italiens im Völkerbundsrat, Ministerpräsident Tittoni, teilte in der Tagung der Völkerbundsvereinigungen in Mailand folgenden aufsehenerregenden Vorschlag mit, den er im Namen der italienischen Regierung in der letzten Augustsitzung des Völkerbundsrates in San Sebastian eingebracht hatte und der nun in der bevorstehenden Zusammenkunft des Völkerbundsrates in Brüssel verhandelt werden soll: „Der Völkerbundsrat beschließt, für die Tagung der nächsten Versammlung die Anwendung des Artikels 18 des Versailler Friedensvertrages aufzuheben, der allen Mitgliederstaaten des Völkerbundes eine gerechte handelspolitische Behandlung sichert, die unvereinbar ist mit der Monopolisierung der für das Leben der Völker unentbehrlicher Rohstoffe und mit der Ausbeutung der Völker selbst durch große internationale Kapitaltrusts." In der Begründung dieses Vorschlages führt Tittoni u. a. aus: Wenn man wirklich den Frieden und die Gerechtigkeit will, muß man nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Vorherrschaft einiger Staaten zum Schaden der andern unmöglich machen. Was gibt es für eine lästigere und gefährlichere Bedrohung des Weltfriedens als den Gegensatz von im Kriege bereicherten und verarmten Staaten und ausgebeuteten und ausbeutenden Staaten. Es kann keine politisch unabhängigen Staaten geben, sobald sie in wirtschaftlicher Knechtschaft sind. Daher liegt es im Interesse aller, jenen zu helfen, sich dieser schweren Knechtschaft freizumachen. Wenn die Versammlung diese Grundsätze billigt, verschafft sie dem Vertrag Macht und Autorität und Italien wird diesen Vorschlag in der Versammlung des Völkerbundes vertreten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201015/1